

Indexfonds statt Sparschwein

Die Autorin und Bankerin Mara Harvey plädiert für einen Paradigmenwechsel bei der finanziellen Erziehung von Kindern

LORENZ HONEGGER

Früher war alles einfacher. Wer Kinder hatte, richtete ihnen ein Sparkonto ein, das einige Prozent Zins abwarf. Die Mädchen und Buben zahlten einen Teil des Taschengeldes oder des im Ferienjob verdienten Lohns darauf ein. Dank dem Zinseszinsseffekt wuchs das ersparte Vermögen über die Jahre an. Heute jedoch tendieren die Zinsen auf regulären Sparkonten seit einigen Jahren gegen null, und auch die traditionell höheren Zinsen auf Jugendsparkonten werfen nur noch wenig ab.

Die Autorin Mara Harvey sagt, es sei vor diesem Hintergrund «eine verpasste Chance», wenn das Ersparte von Kin-



«Über 40% der Menschen verfügen über wenig Finanzkompetenz.»

Mara Harvey
Autorin

dem einfach auf einem nahezu unverzinsten Sparkonto liege und aufgrund der Inflation sukzessive an Wert verliere. Harvey ist hauptberuflich in der Vermögensverwaltung bei der Grossbank UBS tätig und schreibt daneben Bücher über Finanzfragen aus Sicht von Familien und Frauen. Sie sagt, in der Regel werde das Ersparte von Kindern erst nach 10, 15 oder 20 Jahren benötigt, sei es für einen Hauskauf, eine Weltreise oder das Studium. Aufgrund dieses sehr langfristigen Anlagehorizonts seien an der Börse mit der richtigen Strategie im Gegensatz zu einem Sparkonto attraktive Renditen realisierbar. Die einzige Voraussetzung sei, dass man bereit sei, kurzfristige Schwankungen in Kauf zu nehmen.

Betrag in 18 Jahren verdoppelt

Wenn Eltern einen Teil des Sparbetrags ihrer Kinder ab dem Teenageralter beispielsweise in einen Indexfonds (ETF) mit geringen Verwaltungskosten investierten und dieser über die Jahre im Durchschnitt eine Rendite von 4% ab-



Die frühe Vermittlung von Finanzwissen kann Kindern ein Leben lang helfen.

PETRA OROSZ / KEYSTONE

werfe, verdopple sich der eingesetzte Betrag nach 18 Jahren.

Doch bis eine grosse Zahl von Eltern den Inhalt des Sparschweins ihrer Kinder (oder einen Teil davon) an den Finanzmärkten anlegen, dürfte noch einige Zeit vergehen. Eine Sprecherin der Stiftung Pro Juventute schreibt auf Anfrage: «Aus unserer Arbeit wissen wir, dass sich nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung das Anlegen leisten kann.» Der Lehrlingslohn sei häufig zu tief, und nur in wenigen Familien werde «traditionell investiert». Grundsätzlich sei aber nichts dagegen einzuwenden, wenn Kinder und Jugendliche einen Teil des Ersparten an den Finanzmärkten langfristig anlegen: «Wo es eine Unterstützung und Anleitung gibt, kann das durchaus auch sinnvoll sein und passen.»

Auch Harvey sieht Hindernisse. «Über 40% der Menschen in der

Schweiz verfügen über wenig Finanzkompetenz oder ein geringes Interesse an Finanzthemen.» Es sei ein «soziales Problem», wenn breite Teile der Bevölkerung nicht wüssten, welche finanziellen Opportunitäten für sie existierten.

Taschengeld verdienen

Sie plädiert deshalb dafür, dass die finanzielle Erziehung künftig stark ausgebaut wird. «Themen wie Diversifikation, Zinseszins-Effekt oder die Langfristigkeit sollten von der Primarschule bis zur Universität ein Teil des Lehrplans sein.» Sie selbst erinnere sich, dass sie in ihren ersten zehn Jahren in der Finanzindustrie gedacht habe, sie verfüge über zu wenig Geld, um selbst zu investieren. Zumindest aus finanzieller Sicht sei das der grösste Fehler ihres Lebens gewesen.

Zudem sollten Eltern ihren Kindern laut Harvey zwar ein regelmässiges Taschengeld geben, aber auch dafür sorgen, dass der Nachwuchs einen Teil davon durch ausserordentliche Arbeiten zu Hause verdienen muss. In der Schweiz erhalten Kinder in der Regel nach dem Schuleintritt das erste eigene Geld. Der Dachverband Budgetberatung Schweiz empfiehlt, ihnen ab einem Alter von sechs Jahren wöchentlich ein Taschengeld von 1 Fr. zu geben. In Deutschland empfiehlt das Bundesministerium für Familien im selben Alter ein Taschengeld von 1 bis 1,5 € pro Woche. Mit jedem Altersjahr steigt der Betrag.

Harvey sagt: «Wird das Taschengeld ohne Gegenleistung ausbezahlt, lernt das Kind, dass man Geld geschenkt bekommt und dass die ausbezahlte Summe mit dem Alter korreliert. Ich halte das

für keine optimale Botschaft.» Wenn die Kinder hingegen für einen Teil ihres Taschengelds arbeiten müssten, lernten sie, woher das Geld kommt, und es sei auch einfacher, ihnen das Sparen beizubringen. In Zeiten einer zunehmenden Überalterung der Gesellschaft und des damit verbundenen Drucks auf die Altersvorsorge sei das zentral. «Nehmen wir an, dass unsere Kinder 100 Jahre und älter werden und dass sie zwischen dem Alter von 20 und 70 Jahren arbeiten. Um ihre bisherige Lebensqualität nach der Pensionierung aufrechterhalten zu können, benötigen sie ungefähr ein Viertel des Einkommens, das sie in ihrem Erwerbsleben verdient haben. Ohne private Ersparnisse neben der beruflichen Vorsorge geht das nicht.»

Mädchen erhalten oft weniger

Ein grosses Anliegen ist Harvey in diesem Zusammenhang auch die finanzielle Gleichberechtigung. Diese müsse bereits im Kindesalter beginnen. Empirische Studien aus verschiedenen Ländern hätten gezeigt, dass Mädchen weniger Taschengeld erhielten als Knaben.

Laut Pro Juventute sind geschlechtsspezifische Unterschiede beim Taschengeld auch in der Schweiz vorhanden. In der letzten grossangelegten Taschengeldstudie aus dem Jahr 2017 haben demnach 43% der fünf- bis siebenjährigen Knaben ein Taschengeld erhalten. Bei den Mädchen lag der Anteil lediglich bei 28%. Bei den acht- bis elfjährigen Kindern erhielten 81% der Knaben und 72% der Mädchen ein Taschengeld. Erst im Teenageralter verschwand die Lücke.

Harvey sagt, der Grund für diese Differenzen sei nicht, dass Eltern ihre Töchter diskriminierten. Die Diskrepanz komme eher daher, dass Knaben das Taschengeld offensiver einforderten. Sie interessierten sich im Alltag ausserdem eher für Arbeiten, die von den Eltern stärker wertgeschätzt würden, zum Beispiel Autowaschen, während Mädchen tendenziell eher Tätigkeiten erledigten, bei denen die Wertschätzung geringer sei. «Diese stereotypische Aufgabenteilung kann zu Diskrepanzen führen.» Bei der finanziellen Erziehung von Mädchen bestehe deshalb ein besonderer Aufholbedarf.

«Rentenboomer» setzen Vorsorgesystem unter Druck

Der Rentneranteil vieler Pensionskassen wächst – und die Folgen der extremen Geldpolitik werden zunehmend sichtbar

MICHAEL FERBER

Im Jahr 2019 gab es in der Schweiz erstmals mehr Personen, die 65 Jahre alt wurden, als solche, die 20 wurden. Bis 2029 dürfte sich diese Differenz auf mehr als 28 000 Personen pro Jahr erhöhen. Auf diese Zahlen des Bundesamts für Statistik weist Pascal Renaud, Partner beim Aarauer Beratungsunternehmen Toptima, hin. Die Zahlen zeigen das Phänomen der «Rentenboomer», wie er die Bevölkerungsgruppe nennt: Die geburtenstarken Jahrgänge 1946 bis 1964, auch als «Babyboomer» bekannt, gehen nach und nach in den Ruhestand.

Während im vergangenen Jahr in der Schweiz laut dem Statistischen Bundesamt noch 35,6 über 65-Jährige auf 100 Erwerbstätige im Alter von 20 bis 64 Jahren kamen, dürfte dieser Anteil in den kommenden Jahren steigen. Im Jahr 2030 dürften es 44, im Jahr 2035 knapp 48 über 65-Jährige pro 100 Erwerbstätige sein. Dies hat auch Konsequenzen für die Schweizer Pensionskassen. So ist zu erwarten, dass der Anteil der Rentner am Vorsorgekapital zunimmt.

Schwierige Sanierungen

Bei vielen Pensionskassen dürfte sich durch die «Rentenboomer» das Verhältnis von aktiven Erwerbstätigen zu Rentnern verschlechtern. Dies macht

es ihnen im Umkehrschluss schwieriger, Risiken bei der Vermögensanlage einzugehen. Kassen mit einem hohen Rentneranteil sind schliesslich schwieriger zu sanieren, wenn sie in Unterdeckung geraten. Wer bei der Vermögensanlage aber geringere Risiken einget, muss auch auf lange Sicht mit niedrigeren Renditen rechnen.

Hinzu kommt, dass nicht wenige Vorsorgeeinrichtungen immer noch zu hohe Renten gewähren, obwohl viele in den letzten Jahren durchaus den Rotstift angesetzt haben. Hier zeigen sich auch die Folgen der extremen Geldpolitik der Zentralbanken, mit der die Zinsen künstlich tief gehalten werden. «Der durchschnittliche Umwandlungssatz bei Schweizer Pensionskassen liegt derzeit bei 5,6%, was zu einem impliziten Zinsversprechen von rund 3% führt», sagte Renaud an einem Anlass der BVG- und Stiftungsaufsicht Zürich (BVS). Dies sei mehr, als im derzeitigen Anlageumfeld mit einer sicheren Anlagestrategie erwirtschaftet werden könne.

Mit dem Umwandlungssatz wird beim Eintritt in den Ruhestand die Höhe der jährlichen Rente berechnet – der Satz wird mit dem angesparten Altersguthaben multipliziert. Hat jemand also beispielsweise 500 000 Fr. in der zweiten Säule gespart und der Umwandlungssatz beträgt 5%, so erhält er oder sie eine jährliche Rente von 25 000 Fr.

Vorsorgeexperten raten Pensionskassen, angesichts der derzeitigen Situation ihre technischen Zinsen weiter nach unten anzupassen. Mit dem technischen Zins werden die garantierten Rentenzahlungen diskontiert. Der Stiftungsrat einer Pensionskasse legt diesen fest. Laut dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) sollte die Kennzahl so gewählt werden, dass sie durch den Ertrag auf das Vorsorgevermögen erzielt werden kann.

«Zu hohe Umwandlungssätze»

Laut Willi Thurnherr, CEO Retirement & Investment bei Aon Schweiz, lag der durchschnittliche technische Zins der Schweizer Pensionskassen im Jahr 2019 bei 1,88%. Im Jahr davor seien es noch 2,1% gewesen. Nun sei mit weiteren Senkungen zu rechnen. Dies sei angesichts der ultraniedrigen Zinsen und der demografischen Entwicklung der richtige Weg. «Die Umwandlungssätze der Pensionskassen sind teilweise aber noch deutlich zu hoch», sagt er. Hier hätten viele nicht entsprechend reagiert. «Aus politischen Gründen zögern Kassen die Senkung der Umwandlungssätze hinaus», sagt Thurnherr. Sie nähmen damit in Kauf, dass sie dauernd nachfinanzieren müssten. «Wenn man jetzt nichts macht, zahlen die aktiven Versicherten einmal mehr die Zeche», sagt er. Damit

spielt er auf die Umverteilung von aktiven Versicherten zu Rentnern in der beruflichen Vorsorge an.

Der Aon-Experte macht aber auch etwas Hoffnung. Es sei zu berücksichtigen, dass ein grosser Teil der Babyboomer-Jahrgänge bereits in Pension gegangen sei. In diesem Jahr erreicht schliesslich der Jahrgang 1956 bei den Männern und 1957 bei den Frauen das ordentliche Rentenalter. «Ein Teil des Rentenboomer-Problems ist also schon abgewickelt», sagt er.

Auch Renaud erwartet trotzdem, dass der Druck auf die Umwandlungssätze der Pensionskassen weiter zunimmt – zumal nicht davon auszugehen sei, dass die Zinsen in absehbarer Zeit stiegen. Niedrigere Umwandlungssätze bedeuten geringere Renten aus der beruflichen Vorsorge für die Versicherten. Damit würde sich der Trend der vergangenen Jahre fortsetzen. Aktive Erwerbstätige können sich davon mit einem Blick auf den Pensionskassen-Ausweis überzeugen, dieser gibt hier einen – oftmals ernüchternden – Überblick.

Risikoreicher anlegen

Der Vorsorgespezialist Werner C. Hug plädiert angesichts der Situation für Flexibilität bei der Vermögensanlage der Pensionskassen. Diese sollten auch in Zukunft risikoreicher anlegen, da

sonst die Rendite leide. Viele Kassen hätten in den vergangenen Jahren schöne Polster bei den Wertschwankungsreserven angelegt, folglich könnten sie diese Risiken auch eingehen. Allerdings warnt Hug davor, Trends aus der Vergangenheit in die Zukunft zu extrapolieren.

Setzen sich diese aber fort, sieht es für manche Schweizer Vorsorgeeinrichtungen nicht gut aus. «Bei manchen Kassen könnte es dazu kommen, dass mehr Renten ausbezahlt werden müssen, als Beiträge in die Einrichtung fliessen», sagt Renaud. In der Folge könnten Kassen gezwungen sein, Vermögensanlagen zu liquidieren, um Renten zu bezahlen.

In den vergangenen Jahren haben die Schweizer Pensionskassen derweil durchaus ihre Risiken bei der Vermögensanlage erhöht – oftmals getrieben von den ultraniedrigen Zinsen. Renaud führt dies an einem Vergleich zwischen der Vermögensallokation der Kassen in den Jahren 1998 bis 2019 aus. 1998 legten die Vorsorgeeinrichtungen 55% ihrer Gelder in Nominalwerten wie Obligationen an, 2019 waren es nur noch 39%. Die Investitionen in risikoreiche Bereiche wie Aktien und alternative Anlagen legten derweil im selben Zeitraum von 30 auf 40% zu. Der Immobilienanteil stieg im Durchschnitt von 15 auf 21%.